

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	81
		TOP:	15
	Verhandlung	Drucksache:	929/2021
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	09.03.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Geplanter bedarfsorientierter Ausbau von offenen Ganztagschulen und Unterstützung von Schulen beim Mittagessensbetrieb		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 25.02.2022, GRDRs 929/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Das Schulverwaltungsamt wird dazu ermächtigt, die mit der GRDRs 529/2014 und GRDRs 988/2017 beschlossenen Unterstützungen des ehrenamtlichen Engagements bei der Mittagessenorganisation am **Fanny-Leicht-Gymnasium** von derzeit jährlich 30.000 Euro dauerhaft ab dem Schuljahr 2021/22 auf jährlich **50.000 Euro** zu erhöhen.
2. Das Schulverwaltungsamt wird dazu ermächtigt, das Budget an der eingerichteten offenen Ganztagschule des **Hegel-Gymnasiums** von derzeit jährlich 60.000 Euro dauerhaft ab dem SJ 2021/22 auf jährlich **81.000 Euro** zu erhöhen.
3. Das Schulverwaltungsamt wird dazu ermächtigt, das Budget an der eingerichteten offenen Ganztagschule des **Friedrich-Eugens-Gymnasiums** von derzeit jährlich 32.000 Euro dauerhaft ab dem SJ 2021/22 auf jährlich **34.000 Euro** zu erhöhen.
4. Von dem Bericht über die Schul- und Essenssituation am **Königin-Katharina-Stift** wird Kenntnis genommen. Bis zur Antragstellung des **Königin-Katharina-Stift** als offene Ganztagschule (geplant Herbst 2022) wird der Schulträger dazu ermäch-

tigt, dem Förderverein der Schule, für die Aufrechterhaltung der Mittagessensversorgung mit einem Pauschalbetrag von **50.000 Euro** zu unterstützen.

5. Von dem Bericht über die Schul- und Essenssituation am **Schickhardt-Gymnasium** wird Kenntnis genommen. Bis zur Antragstellung des **Schickhardt-Gymnasium** als offene Ganztagschule (geplant Herbst 2022) wird der Schulträger dazu ermächtigt, dem Förderverein der Schule für die Aufrechterhaltung der Mittagessensversorgung mit einem Pauschalbetrag von **70.000 Euro** zu unterstützen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StRin Ripsam (CDU) merkt an, die Durchführung des Mittagessensbetriebs stoße bei Eltern immer mehr auf Schwierigkeiten. Für deren Engagement sei ihre Fraktion sehr dankbar, aber dort, wo notwendig, müsse seitens der Stadt Unterstützung erfolgen. Bei den in der Vorlage aufgeführten Gymnasien werde seit vielen Jahren viel ehrenamtliche Arbeit geleistet. Sie fragt:

- Hat die Verwaltung eine Planung erarbeitet, um zukünftigen Entwicklungen gerecht zu werden?
- Geht die Verwaltung auch in Zukunft davon aus, dass Eltern sich bereiterklären, diese ehrenamtliche Arbeit zu übernehmen?
- Geht die Verwaltung davon aus, dass die Bereitschaft der Eltern, sich im Mittagessenbetrieb zu engagieren, weiter zurückgeht?

Von BMin Fezer wird dazu angemerkt, natürlich beobachte die Verwaltung, dass es für Eltern schwieriger werde, sich in dem zur Beratung stehenden Bereich ehrenamtlich zu engagieren. Andererseits freue sich die Schulverwaltung über jedes Engagement, da Elternengagement stets ein Zeichen einer besonderen Identifikation mit der jeweiligen Schule bedeute. Insofern werde dieses Engagement, wie jetzt mit der GRDRs 929/2021, sehr gerne gefördert. Dies sei seitens der Stadt, seitens des Gemeinderats eine Form der Wertschätzung.

Angesichts der positiven Einschätzung des Engagements wolle sie nicht erklären, es werde davon ausgegangen, dass dieses Engagement vollkommen wegbreche. Die Verwaltung verfolge eher den Ansatz, das ehrenamtliche Engagement weiter zu unterstützen, verbunden mit der Hoffnung, dass sich an der einen oder anderen Stelle vielleicht bestehendes Engagement verstärke bzw. neues Engagement entstehe. Sie betont, es gebe, angesichts des Diffundierungsprozesses, keinen Plan, andere Strukturen aufzubauen. Dies wäre ihrer Einschätzung nach auch ein falsches Signal. Ihr Bestreben sei, bei der Stärkung des Ehrenamtes weiter voranzuschreiten.

Anschließend bietet die Bürgermeisterin an, das Thema ausführlich im Schulbeirat zu behandeln. Dies begrüßt StRin Ripsam angesichts der Bedeutung des Themas für die Schulgemeinschaften. Sie bekräftigt ihre Einschätzung, dass in diesem Bereich seitens der Stadt die eine oder andere zusätzliche Unterstützung der Eltern erforderlich ist. Vielleicht könnten Ideen entwickelt werden, um dieses Engagement der Eltern wieder zu stärken.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt BMin Fezer fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand